



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2013

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2013

Fossati, Flavia ; Milic, Thomas ; Widmer, Thomas

Other titles: Analyse de la votation fédéral du 22 Septembre 2013. Analisi delle votazioni federali del 22 Settembre 2013

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-92957>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Fossati, Flavia; Milic, Thomas; Widmer, Thomas (2013). Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2013. Bern: GfS Bern.



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 22. September 2013

Flavia Fossati, Thomas Milic, Thomas Widmer

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein
Volksinitiative "Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht"	646'106 26.8%	1'761'063 73.2%
Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)	1'416'452 60.0%	943'648 40.0%
Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz)	1'324'530 55.8%	1'049'502 44.2%

Stimmbeteiligung: 46.4%

gfs.bern
Menschen.Meinungen.Märkte.
Hirschengraben 5
3001 Bern

Tel. 031 / 311 08 06
Fax 031 / 311 08 19
E-Mail: info@gfsbern.ch

Universität Zürich
Institut für Politikwissenschaft
Affolternstrasse 56
8050 Zürich

Tel. 044 / 634 38 48
Fax 044 / 634 49 25
E-Mail: milic@ipz.uzh.ch

VOX vom 22. September 2013

Hauptresultate der Analyse zur Abstimmung vom 22. September 2013

Am 22. September 2013 hatte das Schweizer Stimmvolk über drei Vorlagen zu befinden. Die Aufhebung der Wehrpflicht wurde deutlich abgelehnt, während die beiden Behördenvorlagen – die Änderung des Arbeitsgesetzes und das neue Epidemien-gesetz – angenommen wurden. Der GSoA-Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht wurde bei diesem Urnengang die höchste Bedeutung zugemessen. Der Entscheid zur Initiative stand für viele schon früh fest und bereitete kaum jemandem Schwierigkeiten. Ganz anders beim Epidemien-gesetz. Einer beträchtlichen Zahl von Stimmenden fiel der Entscheid dazu schwer und viele rangen sich erst spät zu einem Votum durch.

Die Volksinitiative "Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht"

Von zentraler Bedeutung für den Entscheid zur Aufhebung der Wehrpflicht war die politische Gesinnung. Die SympathisantInnen der Mitte- und Rechts-Parteien legten mit deutlichen Mehrheiten ein Nein in die Urnen. Die Anhängerschaft der SVP etwa lehnte die Vorlage mit 90 Prozent Nein-Stimmen wuchtig ab. Bei der FDP, Die Liberalen und CVP waren die Ablehnungsraten nur wenig tiefer (86 bzw. 89%). Bei den WählerInnen der Parteien aus dem linken Spektrum fand die GSoA-Initiative jedoch eine mehrheitliche Zustimmung. Allerdings waren die Mehrheitsverhältnisse bei der SP weitaus enger als bei den Mitte- und Rechts-Parteien. Nur eine knappe Mehrheit der SP-SympathisantInnen (53%) bekannte sich zur Aufhebung der Wehrpflicht. Innerhalb des linken Lagers gab die Links-Rechts-Orientierung den Ausschlag: bei denjenigen, die sich *linksaussen* einstufen, sprach sich noch eine knappe Zweidrittelmehrheit (64%) zugunsten der Vorlage aus, während bei denen, die sich dem *gemässigten* linken Lager zurechnen, bereits eine Mehrheit (57%) dagegen stimmte.

Wenig verwunderlich spielte die grundsätzliche Haltung zur Armee eine zentrale Rolle. Wer für eine starke Armee eintritt, lehnte die Initiative in Bausch und Bogen (90%) ab, während die ArmeegegnerInnen sie stark (78%) unterstützten. Die Tatsache, dass es bei der Abstimmung nicht um die *Abschaffung* der Armee, sondern um ein *neues Rekrutierungsmodell* ging, zeigt, dass eine beträchtliche Zahl der Stimmberechtigten die Abstimmung als eine Grundsatzfrage – für oder gegen die Armee – einstufte.

Etwa ein Drittel der BefürworterInnen (32%) stimmte dem Volksbegehren zu, weil es die Wehrpflicht für einen Anachronismus hielt. Weitere 26 Prozent dürfen zum harten Kern der ArmeegegnerInnen gezählt werden, da sie ihren Ja-Entscheid mit dem Pazifismus bzw. damit begründeten, dass die Schweizer Armee ohnehin abgeschafft gehöre. Bei den Nein-Stimmenden hingegen dominierten vor allem zwei Beweggründe: Tradition und generelle Unterstützung für die Armee. 37 Prozent wollten am bestehenden, traditionellen Milizgedanken festhalten. 35 weitere Prozent sprachen von der Wichtigkeit der Armee *als solche*, wobei einige von ihnen explizit darauf hinwiesen, dass sie die GSoA-Initiative als ersten Schritt zur Abschaffung der Armee erachteten.

Das Argument, wonach die Initiative ein erster Schritt zur Abschaffung der Armee darstelle, wurde von BefürworterInnen wie auch GegnerInnen praktisch gleich stark unter-

stützt. Diese Zahlen weisen darauf hin, dass praktisch jeder zweite Stimmende – und zwar auf beiden Seiten – die Abstimmung als einen *Grundsatzentscheid* über das Sein oder Nichtsein der Schweizer Armee einstufte. 59 Prozent der Stimmenden bestritten zudem die Aussage, wonach sich die Schweiz eine Armee mit den heutigen Kosten nicht erlauben könne. Bei der Abstimmung über die erste Armeeabschaffungsinitiative 1989 wurde das Kostenargument von den StimmbürgerInnen noch anders beurteilt. Dies zeigt, dass der Problemdruck bei den Militärausgaben – wohl auch als Folge der Armee-reformen, die nach 1989 durchgeführt wurden – viel geringer ist als noch in den späten 1980er Jahren.

Das Epidemiengesetz

Das Epidemiengesetz polarisierte nicht allzu stark. Zwar zeigte sich eine Differenz zwischen Mitte-Links und dem rechtskonservativen Lager, sie war aber nicht sonderlich stark ausgeprägt. Während die AnhängerInnen der FDP, Die Liberalen, CVP und SP das neue Gesetz mit Anteilen zwischen 61 bis 74 Prozent mehrheitlich guthiessen, verwarfen es die SVP-SympathisantInnen mit einem Nein-Anteil von 55 Prozent. Eine bedeutendere Rolle für den Stimmentscheid spielte hingegen das Regierungsvertrauen. Wer grundsätzlich Vertrauen in die Regierung hat, folgte der Empfehlung des Bundesrates auch grossmehrheitlich (69% Zustimmung). Wer hingegen der Landesregierung gegenüber misstrauisch eingestellt ist, verwarf die Behördenvorlage in sechs von zehn Fällen.

Die Totalrevision des Epidemiengesetzes wies eine beachtliche Materialfülle auf und regelte nicht bloss einen, sondern verschiedenste Bereiche der Prävention wie auch der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Es kommt hinzu, dass sich BefürworterInnen und GegnerInnen hinsichtlich der Frage, ob es beim neuen Gesetz um den Impfbzwang gehe oder nicht, keineswegs einig waren. Dies spiegelt sich auch in der Inhaltswahrnehmung wider: Insgesamt 51 Prozent der Antworten bezogen sich auf das *Impfobligatorium* bzw. den Impfbzwang. Die meisten dieser Antworten liessen erkennen, dass die Befragten davon ausgingen, dass neu ein Impfbzwang eingeführt werde. Allerdings legten diese Stimmenden nicht zwangsläufig ein Nein in die Urnen. Mehr als die Hälfte von ihnen stimmte einem vermeintlichen Impfbzwang zu.

Das am häufigsten genannte Stimmmotiv der Gesetzesbefürwortenden war der Schutz der Bevölkerung im Falle von Epidemien (21%). Fast gleich viele Nennungen (20%) entfielen auf das Argument, wonach es richtig sei, dass der Bund bei Epidemien Impfbobligatorien veranlassen könne bzw. Impfungen generell eine gute Sache seien. Weitere 18 Prozent nahmen die Vorlage an, um eine neue Kompetenzordnung im Kampf gegen Epidemien zu schaffen. Zuletzt gaben 16 Prozent (Mehrfachnennungen möglich) der Befragten an, dem neuen Gesetz zugestimmt zu haben, weil die Empfehlung einer Institution – in der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um diejenige des Bundesrates – so lautete. Bei den Nein-Stimmenden hingegen dominierte ein Motiv: der Widerstand gegen den Impfbzwang bzw. gegen Impfungen im Allgemeinen. Insgesamt sechs von zehn Nein-Stimmenden äusserten sich in dieser Weise zu ihrem Nein-Entscheid.

Das Argument, welches bei den Ja-Stimmenden am besten ankam, war jenes, wonach das alte Epidemiengesetz überarbeitet werden müsse, weil sich die Zeiten geändert hätten. 85 Prozent der Befürwortenden pflichteten dieser Aussage bei. Umstrittener war hingegen die Frage, ob der Staat mit dem neuen Gesetz (de facto) Zwangsimpfungen anordnen könne. Die Stimmenden folgten in etwa je zur Hälfte (48%) den GesetzesgegnerInnen und den BefürworterInnen (47%).

Die Änderung des Arbeitsgesetzes

Der Abstimmungskampf zum neuen Arbeitsgesetz verlief entlang der klassischen ideologischen Konfliktlinie. Im Stimmverhalten kam dies allerdings nicht in der gleichen Deutlichkeit zum Ausdruck. Die AnhängerInnen der SP lehnten die Vorlage zwar mehrheitlich ab, aber etwa vier von zehn SP-WählerInnen (41%) legten entgegen der Parteiparole ein Ja ein. Auch die SVP-AnhängerInnen wichen vergleichsweise stark von der Empfehlung ihrer Partei ab. Sie setzten die Parole ihrer bevorzugten Partei zwar mehrheitlich (54%) um, doch eine beträchtliche Zahl (46%) wollte die Sortimentsbeschränkung nicht aufheben. Die AnhängerInnen der Mitte-Parteien hielten sich stärker an die Parteilinie. Die CVP-SympathisantInnen nahmen die Reform mit 64 Prozent, diejenigen der FDP mit 74 Prozent an. Daneben waren auch der Besitz eines Personenwagens und der Wohnort von Bedeutung. Autofahrende und städtische Stimmberechtigte hiessen die Aufhebung der Sortimentsbeschränkung in Tankstellenshops eher gut als andere Gruppen.

Eine Mehrheit der Befragten wusste, wovon die Änderung des Arbeitsgesetzes handelte. Indes, viele waren auch der irrigen Ansicht, es ginge um eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Das primäre Motiv für die Annahme der Vorlage war pragmatischer Natur: Die alte Sortimentsbeschränkung sei sinnlos und ihre Aufhebung ändere ja ohnehin nichts an den Arbeitsbedingungen, argumentierten viele. Die Abstimmungsvorlage wurde von einer grossen Zahl der Stimmenden demnach nicht als eine Grundsatzfrage betrachtet, sondern als eine pragmatische Justierung einer Regelung, welche zudem nur eine geringe Reichweite besitzt. Dies ist auch der Grund, weshalb der Vorlage bis weit ins linke Lager hinein zugestimmt wurde, obwohl jenes Nacht- und Sonntagsarbeit so weit als möglich beschränken will. Das hauptsächliche Nein-Motiv war indes grundsätzlicher Natur und bezog sich nur indirekt auf die vorgelegte Sachfrage: 38 Prozent wollten mit ihrem Nein der schrittweisen Annäherung an die 24-Stunden-Gesellschaft Einhalt gebieten.

Erstaunlich ist der Umstand, dass alle getesteten Contra-Argumente Mehrheiten erzielten, obwohl die Vorlage angenommen wurde. So zeigten sich beispielsweise drei Viertel (75%) damit einverstanden, dass sonntags und nachts möglichst wenige arbeiten sollten. Doch offenbar sahen sie keinen direkten Zusammenhang zwischen dieser Forderung und der vorgelegten Aufhebung der Sortimentsbeschränkung. Dazu passt, dass das Pro-Argument, welches die höchsten Zustimmungsraten erzielte, dasjenige war, wonach es unsinnig sei, dass Tankstellenshops einen Teil ihres Sortiments nachts zwischen 1 und 5 Uhr nicht anbieten können, obwohl sie geöffnet haben. Kurz, eine Mehrheit der Stimmenden unterstützt zwar die *grundsätzlichen Forderungen* der GegnerInnen nach möglichst wenig Sonntags- und Nachtarbeit. Bloss, sie sahen diese Forderungen mit der Annahme der Vorlage nicht gefährdet, weil sie in ihren Augen von der Gesetzesrevision gar nicht tangiert werden.

Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung zur Volksabstimmung vom 22. September 2013. Die Befragung wurde vom Forschungsinstitut gfs.bern innerhalb von 13 Tagen nach der Abstimmung durchgeführt. Die Datenanalyse erfolgte durch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich (IPZ). Die Befragung wurde von 92 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei gfs.bern die Möglichkeit hatte, die Interviews extern, und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Auswahl der Befragten wurde in einem dreistufigen Zufallsverfahren ermittelt. Der Stichprobenumfang betrug 1'513 stimmberechtigte Personen, davon kamen 54 Prozent aus der Deutschschweiz, 27 Prozent aus der Westschweiz und 20 Prozent aus der italienischsprachigen Schweiz. Der Stichprobenfehler für die Gesamtheit der Befragten lag bei ± 2.5 Prozent. Vorsicht bei der Interpretation der Daten ist dort geboten, wo die Teilstichproben klein sind und die Verteilung der Prozentwerte zugleich ausgeglichen ist (50:50). In solchen Fällen können auf Grund des Stichprobenfehlers keine Aussagen über Mehrheitsverhältnisse gemacht werden.